

II- 1250 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 8. Juni 1971 No. 629/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Ströer ~~Ströer~~ Weikhart, Lehr  
und Genossen  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend den weiteren Abbau des Bundesforstbodens im Steinbruch  
Petersdorf - Kaltenleutgeben.

Perchtoldsdorf

Wie aus der "Arbeiterzeitung" vom 21. März 1971 entnommen werden kann, hat die Bundesforstverwaltung in absehbarer Zeit darüber zu entscheiden, ob dem Rächter des Steinbruches in Kaltenleutgeben, Josef Förstl, nach Erschöpfung des derzeitigen Bachgebietes des Steinbruches, der Bundesforstboden weiter abgebaut werden darf. Bekanntlich haben die Bewohner der Tiroler-Siedlung in Perchtoldsdorf in den letzten Monaten alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die in jeder Bausaison immer unerträglicher werdende Lärmbelästigung abzustellen oder zu verringern. Ergebnisse konnten bisher deshalb nicht erzielt werden, weil einerseits seitens des Rächters die technischen Voraussetzungen fehlen und andererseits, jede bisher angesprochene Behörde ihre Unzuständigkeit betont. Eine Abhilfe wäre daher nach Meinung der unterfertigten Abgeordneten nur dadurch möglich, daß die weitere Abbaugenehmigung im Bundesforst an Bedingungen geknüpft wird, die die Lärmbelästigung auf ein Mindestmaß einschränken kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehenden

A n f r a g e n:

1.) Ist es richtig, daß die Bundesforstverwaltung in absehbarer

- 2 -

Zeit darüber entscheiden muß, ob vom Steinbruchrächter, Herrn Josef Förstl, weiter im Bundesforstboden abgebaut werden darf ?

2.) Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt muß die Entscheidung getroffen werden ?

3.) Ist das Bundesministerium bereit, die Bundesforstverwaltung anzuweisen, dem Steinbruchpächter Auflagen in jener Richtung zu erteilen, daß die Lärmbelästigung auf ein Mindestmaß eingeschränkt wird ?